

# Konsequenzen der Chemiker aus dem nationalen Dokument

**Durchschnittsnote: 1,68**

Die Seminargruppe neun des zweiten Studienjahres an der Juristenfakultät hat die Verpflichtung abgegeben, im Prüfungsfach Staatsrecht die Durchschnittsnote 1,68 zu erreichen. Wie wollen sie dieses hohe Ziel erreichen?

Die Studenten dieser Gruppe haben im Sommer fünf Prüfungen zu absolvieren. Deshalb wurden rechtzeitig Wiederholungspläne mit konkreter Terminstellung für die Fächer ausgearbeitet, und es wurde beschlossen, die Wiederholungen straff zu leiten und zu kontrollieren. Jeder Student führt auf der Grundlage der Wiederholungspläne sein individuelles Studium durch. In den Studiengruppen werden dann noch besonders die Schwerpunktthemen behandelt. Die Verantwortung der Studiengruppenleiter wurde erhöht und deren Anleitung verbessert. Jeder Leiter eines Studienkollektiva muß in der Lage sein, selbständig einzuschätzen, wie jeder Student mitarbeitet, wie die Prüfungsergebnisse sind und wie jeder am gesellschaftlichen Leben teilnimmt, sagte Genosse Ramm, Parteigruppenorganisator der Seminargruppe.

Für Studenten, die hier und da noch Schwierigkeiten haben, wurden persönliche Patenschaften übernommen. In Aussprachen und an der Wandzeitung werden die Erfahrungen der besten Studenten vermittelt. Ein griechischer Freund schrieb, wie er seine Studienzeit rationell nutzt und welche Methoden er anwendet, um zu hervorragenden Leistungen zu kommen.

Die hohen Prüfungsergebnisse sollen durch die enge Verbindung von Theorie und Praxis erreicht werden. So arbeitet seit dem letzten praktischen Einsatz auf jeder Studiengruppe ein Student in einem Aktiv der Ständigen Kommissionen beim Rat der Stadt Leipzig mit. Andere Studenten unterstützen aktiv die Arbeit der Nationalen Front und der FDJ in den Wohnbezirken.

Die Bemühungen der Studierenden, ihre Prüfungsverpflichtung zu realisieren, werden vom Lehrkörper der Fakultät unterstützt. Am 15. Mai haben sich Partei- und FDJ-Leitung gemeinsam mit dem Rat der Fakultät und einige Studenten noch einmal eingehend mit der Durchsetzung der Kampflösung befaßt. Es wurden Konsultationsräume für bestimmte Fächer festgelegt, so können die Studenten der Seminargruppe neun in der Zeit vom 20. Mai bis 7. Juni die Wissenschaftler des Instituts für Staatsrecht konsultieren. **Wiedmaier**

Aus einem Bericht von Prof. Dr. Heinz HOLZAPFEL, Direktor des Instituts für Anorganische Chemie, vor dem Akademischen Senat: Jeder muß das nationale Dokument gelesen haben / Forschung wird auf seltene Elemente konzentriert / Verbindung zur Praxis wird zur Vertragsforschung ausgebaut / Kontaktaufnahme zu sowjetischen Anorganikern / Eigenes Praktikumsbuch geht in Druck / Assistenten müssen den Studierenden unsere Politik erläutern können / Enge Zusammenarbeit zwischen Partei, Massenorganisationen und Institutsleitungen zur Lösung unserer Aufgaben / Für ein einheitliches Deutschland mit den Errungenschaften der DDR

(seltene Erden zählen) untergeordnet werden.

Das Institut will auch seine Beziehungen zur Industrie noch weiter ausbauen. So soll die Mitarbeit an Problemen des VEB Laborchemie Apolda zur Vertragsforschung ausgebaut werden.

Eine besonders starke Verbesserung der wissenschaftlichen Arbeitsproduktivität in der Forschung versprechen wir uns durch Aufnahme enger Beziehungen zwischen Anorganikern der UdSSR, der Volksdemokratien und der DDR auf dem Gebiete der Seltener-Erden-Forschung. Auch von der stärkeren Gewinnung sowjetischer oder volkdemokratischer Anorganiker für Vorträge und Kolloquien erhoffen wir uns eine große Hilfe.

Um unsere Verbindung zur Praxis noch zu verbessern, werden die Institute alle zwei Jahre, um dem VEB Benzinwerk „Otto Grotrich“ in Böhlen wissenschaftliche sozialistische Hilfe zu bringen.

Zum Entschluß der Angehörigen des

Instituts für Anorganische Chemie, nicht mehr in westdeutschen Zeitschriften zu veröffentlichen, führte Prof. Dr. Holzappel u. a. aus:

Meine persönliche Meinung dazu ist: Man sollte jetzt nicht in westdeutschen Zeitschriften veröffentlichen, in dieser Zeit, in der der westdeutsche Staat beweisen will, daß wir ohne ihn nicht auskommen.

Man kann von keinem Wissenschaftler in der DDR verlangen, daß er einen Beitrag in einer Zeitschrift veröffentlicht, in der im gleichen Heft ein Aufruf zum Atomkrieg abgedruckt ist. Auch wird man sich nicht damit einverstanden erklären können, daß der westdeutsche Verlag Karl-Marx-Universität durch „Universität Leipzig“ wiedergibt.

Zur Einheit politisch-ideologischer Erziehung und fachlicher Ausbildung sei noch gesagt, daß wir heute von unseren Assistenten verlangen, daß sie nicht nur in der Lage und willens sind, die Studierenden fachlich zu betreuen, sondern ihnen auch die Politik unserer Regierung wissenschaft-

lich erläutern können. Die positive Einstellung zu dieser Politik sollte aus den Amtshandlungen des Institutsdirektors zur Genüge spürbar werden. Da er nicht die Zeit wie der Assistent zur Diskussion im Saal mit den Studenten hat, sollte er jede Gelegenheit wahrnehmen, seine Einstellung den Studenten gegenüber zu äußern.

Bei der Einschätzung der staatlichen Leitungstätigkeit auf unserem Sektor kommt es wie überall darauf an, alle Kräfte zur besten Ausnutzung der vorhandenen Kräfte anzuspannen. Die Massenorganisationen können dabei wertvolle Hilfe leisten, wenn das richtige Vertrauen zwischen Partei, Gewerkschaft, Institutsdirektion und Assistenzenschaft vorhanden ist.

Die beste staatliche Leitungstätigkeit übt offenbar derjenige aus, dem es gelingt, alle Kräfte in die richtige Richtung wirken zu lassen, die zu einem einzigen deutschen Staat führt, der die Errungenschaften der heutigen DDR gewonnen bzw. sich bewahrt hat.

Es ist meine persönliche Ansicht, die sich beim Studium des Dokuments gebildet hat, daß ein jeder — auch oder gerade der ältere Wissenschaftler, der einen großen Teil des darin behandelten Zeitschnitts selbst miterlebt hat — das nationale Dokument unbedingt gelesen haben muß.

Aufgaben und Folgerungen für die Fachrichtung Chemie, die sich aus dem Dokument des Nationalrats ergeben, sind: erstens Erhöhung der wissenschaftlichen Arbeitsproduktivität; zweitens Herstellung der Einheit politisch-ideologischer Erziehung und fachlicher Ausbildung und drittens Verbesserung der staatlichen Leitungstätigkeit.

Nachdem Prof. Dr. Holzappel Maßnahmen und Vorschläge zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern und Arbeitern sowie Angestellten erläutert hatte, führte er zur Erhöhung der Produktivität in der Lehre aus, daß es gelte, auf dem bewährten Wege fortzuschreiten, den die Fachrichtung Chemie bisher gegangen ist und fuhr fort:

Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß sich am Institut für Anorganische Chemie die ersten sozialistischen Studentengruppen bildeten, daß wir als eines der ersten Institute Erzieherkollektive gründeten und gleichfalls sehr frühzeitig Themen für die kollektive Bearbeitung von Doktorarbeiten ausgaben.

Als die Lieferung westdeutscher Lehr- und Praktikumsbücher immer stärker zurückgehalten wurde, stellte sich das Institut für Anorganische Chemie die Aufgabe, eine Einführung in das Praktikum der anorganischen Chemie zu schreiben. Ein Autorenkollektiv, dem alle Dozenten, Oberassistenten und Assistenten angehören, löste die Aufgabe, und das letzte erste Studienjahr wurde bereits mit Hilfe des neuen Praktikumsbuches, zunächst in Maschinschrift vervielfältigt, ausgebildet. Nach sorgfältiger Überarbeitung soll das Praktikumsbuch im nächsten Jahr im Druck erscheinen.

Was die Erhöhung der wissenschaftlichen Arbeitsproduktivität in der Forschung betrifft, so hatten wir am Anorganischen Institut eine Straffung der bisher bearbeiteten Gebiete für notwendig. Der wichtige Forschungsauftrag über die Chemie seltener Erden soll stärker bearbeitet werden. Andere Forschungsthemen sollen, soweit möglich, dem Hauptthema „Chemie seltener Elemente“ (zu denen auch die



## fakten

### Im Geiste der OAS

Drohungen und Beschimpfungen muß der Hamburger Althilologe und Historiker Prof. Bruno Snell über sich ergehen lassen, weil er zu den Mitunterzeichnern der Forderung von 15 westdeutschen Professoren nach einem gesetzlichen Verbot der Mensur gehört. Er berichtete auf einer Podiumsdiskussion vor Hamburger Studenten, daß er einen anonymen Anruf erhalten habe, in dem ihm gedroht wurde, „wer so undemokratisch ist, gegen die Mensuren aufzutreten, muß damit rechnen, daß man ihm eins aufs Maul schlägt“. Seiner Frau habe ein Anrufer gesagt, daß ihr Mann abends nicht mehr nach Haus käme. „Wir werden ihn unterwegs aufauern, weil er sich gegen die Mensuren ausgesprochen hat.“

Prof. Snell unterstrich, daß er nach wie vor seine Forderung nach einem Verbot der Mensuren aufrechterhalte und sich auch nicht durch Drohungen abbringen lasse.

### Mensur-Verbot für Frankfurter Universität gerichtlich aufgehoben

Das Mensurverbot und Farbentragen in der Öffentlichkeit ist in Frankfurt (Main) zugelassenen reaktionären Studentenorganisationen nach einer Entscheidung des Frankfurter Verwaltungsgerichts wieder erlaubt. Das Gericht erklärte zwei entsprechende Verbotsschüsse des Senats der Frankfurter Universität aus den Jahren 1952 bis 1953 für rechtsungültig.

### Keine Zimmer für Afrikaner

Auf neue Fälle von Rassendiskriminierung in der Bundesrepublik weist die Würzburger „Main-Post“ hin. Wörtlich heißt es in einem Artikel: „Drei dunkelhäutige Studenten bangen um ihr Studium. Sie müssen in den nächsten Tagen ihr provisorisches Domizil im internationalen Studentenhaus räumen, weil die Unterkünfte bereits vergeben sind. Alle ihre Versuche, in Würzburg ein Zimmer zu finden, sind bisher leider fehlergeschlagen. Nicht etwa deshalb, weil solche nicht aufzutreiben wären, sondern weil es die Vermieter aus gewissen Vorurteilen heraus unmißverständlich ablehnen, Schwarze aufzunehmen.“

Bei unseren Bewerbungen hat man uns meistens die Türe vor der Nase zugeschlagen“, beklagte sich der 32 Jahre alte Medizinstudent Edward Boye aus Monrovia.

### 64 Kinder in einem Schulzimmer

64 Schüler werden in der zum Kreis Offenbach gehörenden Gemeinde Zeppelinheim in einem einzigen Raum von einem einzigen Lehrer unterrichtet. Aus einem Protokoll der Eltern an die Kreisoberbehörde geht hervor, daß diese Zustände schon seit Jahren bestehen und die Bemühungen der Gemeinde um einen Ausbau der Schule bisher vergeblich gewesen sind.

Universitätszeitung, Nr. 31, 24. 5. 1962, S. 4

## Dokumente nationaler Politik der deutschen Arbeiterklasse

Marx hatte schon 1844 in der Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie starke Zweifel daran geäußert, ob es der deutschen Bourgeoisie gelingen würde, auch nur annähernd die Rolle der französischen Bourgeoisie in der nationalen Bewegung zu spielen, und auch Engels' Hoffnung war 1847 nicht allzu groß, daß die deutsche Bourgeoisie stark genug sein könnte, wenigstens „für den Augenblick Repräsentantin der Nation zu werden“.

Die Arbeiterklasse und ihre Führer wußten um die Widersprüchlichkeit der Haltung und Politik der Bourgeoisie. Im **KOMMUNISTISCHEN MANIFEST**, dem ersten welthistorischen Dokument der Arbeiterbewegung, hieß es dazu:

„Die aus dem Untergang der feudalen Gesellschaft hervorgegangene moderne bürgerliche Gesellschaft hat die Klassenunterschiede nicht aufgehoben. Sie hat nur neue Klassen, neue Bedingungen der Unterdrückung, neue Gestaltungen des Kampfes an die Stelle der alten gesetzt.“

Wenn dem revolutionären Proletariat auch klar war, daß nur seine Interessen voll mit denen der Nation übereinstimmen, weil es auf Grund des Zusammenhanges der deutschen Bourgeoisie schon einen Widerspruch zwischen ihren Profitinteressen und den Interessen der Nation gab, so mußte es doch den Inkonsequenzen, stets nur mit halber Kraft geführten Kampf der Bourgeoisie gegen Junkertum und Militarismus unterstützen und die Bourgeoisie vorantreiben, um den Hauptfeind zu schlagen. Deshalb hieß es im Manifest:

„Auf Deutschland richten die Kommunisten ihre Hauptaufmerksamkeit, weil Deutschland am Vorabend einer bürgerlichen Revolution steht, und weil es diese Umwälzung unter fortgeschrittenen Bedingungen der europäischen Zivilisation überhaupt, und mit einem viel weiter entwickelten Proletariat vollbringt als England im sechzehnten und Frankreich im achtzehnten Jahrhundert.“

In Deutschland ging es in diesem Kampf um die zutiefst nationale Aufgabe, den Absolutismus zu stürzen, die feudale Zersplitterung des Landes zu überwinden, die demokratische Einheit herzustellen und damit Bedingungen zu schaffen, unter denen sich ein demokratisches Bewußtsein als Nationalbewußtsein herausbilden konnte. Das war der historische Beruf der Bourgeoisie, das war ihre nationale Aufgabe. Deshalb erklarte das Kommunistische Manifest:

„In Deutschland kämpft die kommunistische Partei, sobald die Bourgeoisie revolutionär auftritt, gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundeigentum und die Kleinbürgerli. Sie unterläßt aber keinen Augenblick, bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewußtsein über den feindlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten.“

Die revolutionäre Arbeiterbewegung und ihre Repräsentanten waren also bereit, die Bourgeoisie trotz des sich entwickelnden Klassen Gegensatzes zwischen Bourgeoisie und Proletariat in ihrem Kampf um die Schaffung eines friedlichen, demokratischen Nationalstaates zu unterstützen und Seite an Seite mit allen demokratischen Kräften gegen die Hauptfeinde der Nation, die Junker und Militaristen, zu kämpfen.

Die Arbeiter kämpften damit in der Perspektive auch um ihr eigenes Vaterland, das sie damals noch nicht hatten, weil weder die vielen kleinen Fürstentümer noch die großen feudal-absolutistischen Staaten ein Vaterland der Werktätigen sein konnten. Marx und Engels legten schon im Kommunistischen Manifest den Klasseninhalt der nationalen Frage dar, wenn sie schrieben:

„Den Kommunisten ist vorgeworfen worden, sie wollten das Vaterland, die Nationalität abschaffen. Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben. Indem das Proletariat zunächst sich die po-

litische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie.“

Marx und Engels war also klar, daß der Sturz des Feudalismus nicht genügt, daß die Arbeiterklasse den Kampf nach dem Sieg der bürgerlichen Revolution weiterführen muß, aber zunächst einmal mußte die bürgerliche Revolution siegen. Es lag im Interesse der Nation, die Herrschaft der Junker zu beseitigen. Deshalb lautete auch die erste Forderung der Kommunistischen Partei in Deutschland nach Ausbruch der Revolution von 1848:

„Ganz Deutschland wird zu einer einzigen unteilbaren Republik erklärt.“ Und weiter hieß es: „Die Volksvertreter werden besetzt, damit auch die Arbeiter im Parlament des deutschen Volkes sitzen können... Alle Feudallasten... werden ohne irgendeine Entschädigung abgeschafft... Allgemeine unentgeltliche Volkserziehung. Es liegt im Interesse des deutschen Proletariats, das kleinen Bürger- und Bauernstandes, mit aller Energie an der Durchsetzung obiger Maßregeln zu arbeiten.“

Tatsächlich war dann die Revolution weitgehend ein Werk der Arbeiterklasse, der kleinen Bauern, Handwerker und Studenten. Aber die Früchte der Revolution fielen der Großbourgeoisie in den Schoß, die die Nation verriet und sich aus Furcht vor dem Volke mit der feudalen Reaktion verband. Was Marx und Engels befürchtet hatten, traf ein. Die Revolution konnte nicht siegen, weil der Widerspruch zwischen den Volksmassen und der um ihre Profite bangenden Großbourgeoisie schon weit entwickelt war.

Die Arbeiterklasse und ihrer jungen revolutionären Partei aber blieb der Ruhm, schon damals ein nationales Programm entwickelt zu haben, dessen Verwirklichung dem deutschen Volk und anderen Völkern unendliche Opfer und großes Leid erspart hätte.

Dr. Hans Jürgen Friederici

- 1) Marx-Engels: Werke Band 4, Berlin 1959 Seite 81.
- 2) ebenda, Seite 80.
- 3) ebenda, Seite 83.
- 4) ebenda, Seite 85.
- 5) ebenda, Seite 113.
- 6) ebenda, Band V, Seite 35.

## Pioniere der Nation

In ihrem Berufspraktikum erarbeiteten die Chemiestudenten des 4. Studienjahres wertvolle Vorschläge mit einem Gesamtnutzen von etwa einer halben Million DM. So erarbeitete der Genosse Thielert einen Vorschlag zur Veränderung des Herstellungsverfahrens für Alkohollösung aus, der durch Einsparung wertvollen Filterluchs und großer Wassermengen sowie durch Erhöhung der Produktivität einen voraussichtlichen Jahresnutzen von 125 000 DM bringen wird. Das Verfahren, das in den acht Wochen des Praktikums entwickelt wurde, ist inzwischen eingeführt worden.

Die Studentin Beate Voigt (unser Bild) konnte durch ihre Arbeiten einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, daß wir uns durch eigene Erzeugung von Sulfonsäuren für Pharmazeutika von Westdeutschland unabhängig machen. Der jährliche Nutzen dieser Arbeit beläuft sich auf etwa 200 000 DM Verrechnungseinheiten. **Foto: Geng**

## „Kämpft um das Wissen für die sozialistische Praxis!“

(Fortsetzung von Seite 1)

breiten gesellschaftlichen Auftrag hat und ihn erfüllt. Der Lehrkörper unterstützt die FDJ durch rechtzeitiges Herausgeben von Schwerpunkten und Wiederholungsplänen. Für sehr wichtig halten die Juristen die Qualifizierung der Studiengruppenarbeit, die das selbständige Denken des einzelnen entwickelt. Sie haben die Absicht, Wissenschaftler zu den Zusammenkünften der Studiengruppen einzuladen. Die besten Freunde werden den anderen ihre Studienmethoden mitteilen.

Niemand sollte sich darüber täuschen, daß es in den FDJ-Einheiten noch Hemmnisse gibt. Sie bestehen in persönlicher Trägheit („warum soll ich mir die Nächte um die Ohren schlagen — eine Drei tut's auch“), die sich dahinter verbirgt, daß man alle möglichen Ausflüchte sucht, um nicht konsequent auf eine konkrete Note hinarbeiten.

Und an solchen Hindernissen äußert sich das, worauf Egon Krenz, Sekretär des Zentralrats der FDJ, nachdrücklich hinweist: „Die Diskussion um das nationale Dokument und die Einschätzung des politischen Denkens der Studenten kommt bei uns noch zu kurz.“

Um die politische Aussprache wirklich breiter zu führen, käme es darauf an, jede Frage bis zu Ende zu beantworten. Wie sieht das praktisch aus? Auch dafür machte Egon Krenz einen Vorschlag: „Sollten wir, die FDJ-Aktivisten, uns nicht selbst vor ein Forum stellen und argumentieren, anstatt zu warten, bis die Antwort aus berühmten Munde kommt?“

Um so schneller wir uns bemühen, alle Fragen der Studenten kennenzulernen und überzeugend zu beantworten, um so schneller erreichen wir Bestleistungen. Der Staat gibt alles, was wir brauchen — es liegt nur an uns.

Veröffentlicht unter der Lizenz-Nr. 63 des Rates des Bezirkes Leipzig, — Ertheilt wdh000133. — Anschrift der Redaktion: Leipzig C 1, Ritterstraße 33, Fernruf 77 51, Sekretariat Apparat 294, Bankkonto 313 930 bei der Stadt- und Kreispostkasse Leipzig. — Druck: LZV-Druckerei „Herzmann Dunder“, III 23 123, Leipzig C 1, Petrusstraße 12. — Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen.